

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

24.08.2022

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Corona, Krieg und Fachkräftemangel Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sehen sich bedroht**  
*SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 23.08.2022* ..... 3
- 2 | **Das ist der Stand bei der Endlager-Suche**  
*Neu-Ulmer Zeitung, 24.08.2022* ..... 4

## Corona, Krieg und Fachkräftemangel Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern sehen sich bedroht

Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Mecklenburg-Vorpommern (VUMV) hat vor einer bedrohlichen Gesamtlage für die Betriebe im Land gewarnt. Anlässlich des Jahresempfangs der Unternehmensverbände fordert der Arbeitgeberpräsident mehr Hilfen von der Politik.

Der russische Angriffskrieg belastet die Wirtschaft vor allem durch die Preissprünge im Energiesektor. „Belastbare Preiskalkulationen sind nicht mehr möglich, zunehmende Planungsunsicherheit stellt sich ein, die Angst vor der Insolvenz greift immer mehr um sich“, beschrieb Arbeitgeberpräsident Lars Schwarz die Lage anlässlich des VUMV-Jahresempfangs am Dienstag. Die Existenzangst sei jetzt viel realer als zuvor. Er forderte vom Bund daher weitere Entlastungspakete, vor allem um dringend benötigte Liquidität bei den Unternehmen sicherzustellen.

### Arbeitgeberpräsident Schwarz sieht Probleme kommen

Die Pandemie werde durch den Krieg in der Ukraine zwar überlagert, sagte Schwarz. Er betonte aber auch: „Viele Branchen im Land haben die Verluste aus zweieinhalb Jahren noch nicht ausgleichen können.“ Dank der Entlastungspakete von Bund und Land sei die gro-

ße Insolvenzwelle zwar ausgeblieben, jedoch hätten viele Kleinbetriebe ihre Tätigkeit aus Perspektivlosigkeit eingestellt.

### Bleibt die Politik vernünftige Lösungsansätze schuldig?

Der Arbeitgeberpräsident sieht auch langfristige Probleme auf das Land zukommen, da der Fachkräftemangel in vielen Branchen immer stärker zutage trete. „Der Verbraucher, der Gast, der Kunde, der Patient - sie alle können den Mangel und seine Folgen zunehmend tagtäglich wahrnehmen“, sagte Schwarz. Die Politik ist hier aus Sicht des Unternehmerversands tragbare Lösungsansätze bisher schuldig geblieben, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bezeichnete der Verbandschef als unausgegoren. Schwarz steht jedoch hinter der von Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) initiierten Fachkräftestrategie MV. Viele Verbände der Vereinigung arbeiteten an der Beschreibung von Lösungswegen aktiv mit.

Als Ehrengast ist am Dienstagabend Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) eingeladen. Der Empfang musste aufgrund der Pandemie verschoben werden. Eigentlich war er für den Anfang des Jahres geplant.

# Neu-Ulmer Zeitung

📰 Neu-Ulmer Zeitung | 24.08.2022 | S. 23

📄 Auflage: 8.188 | Reichweite: 37.576

👤 Sebastian Mayr

## Das ist der Stand bei der Endlager-Suche

**Lautstark wollen Aktivisten in Ulm vor Gefahren durch Atommüll warnen, sie denken an Gundremmingen und ein mögliches Endlager. Bei der Suche nach einem dauerhaften Lager für radioaktiven Abfall gibt es erste Tendenzen.**

**Ulm/Landkreis Neu-Ulm.** Am Samstag können sich Interessierte zeigen lassen, wie ein fertiges Endlager für Atommüll aussieht, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) verspricht im und am Endlager Konrad in Niedersachsen ein Familienfest mit Kinderprogramm und Führungen. In Ulm treffen sich bereits am Donnerstag und am Freitag Menschen, die vor der Gefahr durch den radioaktiven Abfall warnen wollen. Sie werden laut sein, aber nicht nur. Zu einem möglichen Endlager im Westen und Norden von Bayerisch-Schwaben gibt es erste Indizien.

90 Teilgebiete in Deutschland erscheinen aus Sicht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als geeignet für ein unterirdisches Lager, an dem radioaktive Abfälle für eine Million Jahre Platz finden sollen. Eines der Teilgebiete, „001 Opalinuston“, erstreckt sich über die Schwäbische Alb und deren Randgebiete. Die Ostgrenze verläuft knapp westlich von Nördlingen, Dillingen, Burgau, Ichenhausen, Roggenburg, Illertissen und Altenstadt. Bislang 2031 soll das Endlager gefunden sein, doch schon jetzt deutet sich an, dass manche Gegenden nicht geeignet sind.

Seit 13. August führt die Anti-Atom-Radtour der Initiative Ausgestrahlt durch Süddeutschland. Am Mittwoch geht es vorbei am abgeschalteten Atomkraftwerk und bestehenden Zwischenlager Gundremmingen vorbei bis zum Kulturgewächshaus Birkenried, tags darauf führt die Strecke durch Ulm bis zum Naturfreundehaus Spatzennest bei Weidach. Organisator Hans-Peter Zagermann rechnet mit rund 40 Teilnehmenden, drei Viertel haben sich für eine Übernachtung angemeldet und sind auf mehreren Etappen dabei. Am Ulmer Münsterplatz bekommen die Radlerinnen und Radler einen lauten Empfang: Trommler schlagen auf Atommüllfässer, Reinhold Thiel von der Ulmer Ärzteinitiative will eine kurze Ansprache halten.

Die Aktivistinnen und Aktivisten warnen, dass die Region doppelt belastet ist: In Gundremmingen dürfen

noch bis 2046 Castorbehälter gelagert werden und langfristig könnte auf der Alb und in deren Randgebieten unterirdisch ein Endlager entstehen. Wenn die Gegend nach sachlichen Kriterien am besten geeignet sei, dann sei es so, meint Thiel. Aber: „Das Verfahren ist nicht so transparent, wie es versprochen worden ist.“ Eine Lösung müsse her. Der Beschluss des ukrainischen Atomkraftwerks Saporischschja zeige, wie gefährlich die Zwischenlager seien. „Die Lagerung in Gundremmingen ist ganz sicher nicht die beste. Und Saporischschja ist Gundremmingen hoch zehn, dort gibt es ja noch nicht einmal eine Halle.“

Bei der BGE verweisen sie auf ihre vielstufige Suche und die vielen Formate, die Bevölkerung zu beteiligen – etwa eine Infotour durch viele deutsche Städte, das nationale Begleitgremium oder digitale Infoveranstaltungen. Das Teilgebiet 001 ist ein Methodenentwicklungsgebiet. Hier arbeiten Fachleute der BGE aus, welche Kriterien entscheidend sein sollen. Die Landstriche sollen in vier Kategorien von A bis D eingeteilt werden, D bedeutet: Mindestanforderungen nicht erfüllt. Erste Erkenntnisse deuten darauf hin, dass das für den größten bayerischen Bereich des Teilgebiets 001 gilt. Eine Karte der BGE zeigt, dass sie in die Kategorie D fallen könnte. Nur Neu-Ulm und Elchingen und deren unmittelbare Umgebung sind nicht entsprechend markiert. „Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen, aber wir haben einen ersten Einblick gewährt“, betont BGE-Sprecher Sven Petersen. Die Untersuchungen sollen noch „einige wenige Jahre“ dauern, am Ende entscheiden Bundestag und Bundesrat. „Es gibt erste Indizien“, berichtet Petersen, aber: „Wir haben auch Daten, die wir noch nicht ausgewertet haben.“ Endgültig außen vor seien die Gebiete daher nicht.

In Politik und Gesellschaft gibt es Stimmen, wieder auf Atomkraftwerke zu setzen. Doch Reinhold Thiel glaubt nicht, dass die Sorgen um die Versorgungssicherheit der Kernkraft neuen Auftrieb geben wird. „Diese Technologie ist eine Dinosaurier-Technologie“,

sagt er. Auch von den Plänen, Reaktoren als Notlösung länger am Netz zu halten, hält Thiel wenig: „Man muss sich klar sein, dass die Sicherheitsprüfungen wegen des Ausstiegs in den letzten Jahren nicht mehr durchgeführt worden sind.“ Diese nachzuholen, sei nicht wirtschaftlich. Auf sie zu verzichten, sei viel zu riskant. Alles außer dem Fokus auf erneuerbare Energien sei Unsinn. Am Donnerstag will die Ulmer Ärzteiniziati-

ve lautstark gegen unvorsichtige Atommülllager trommeln, am Freitagabend soll von 19 Uhr an bei einer Diskussion im Ulmer Bürgerhaus Mitte über energiepolitische Lehren und über Möglichkeiten gesprochen werden, den radioaktiven Müll zu lagern. Davor hält Raimund Kamm vom Forum gegen das Zwischenlager in Gundremmingen einen Vortrag. Kommentar